



Exklusivveranstaltung für CDU-Mitglieder mit unserem Landesvorsitzenden Stanislaw Tillich

Zu einer Exklusivveranstaltung konnte Sachsens Ministerpräsidentin und Landesvorsitzender der Sächsischen Union, Stanislaw Tillich, am 10. November in der Kapelle Neuensalz begrüßt werden. Tillich erwartete ein prall gefüllter Saal von Mitgliedern der CDU-Vogtland, die klare Antworten auf die aktuellen Problemlagen in Sachsen erwarteten und nicht enttäuscht wurden. Es wurde kein Blatt vor den Mund genommen und u.a. die Themen Polizeireform, Asyl und das 800 Mio. € Konjunkturpaket des Freistaates angesprochen. „Darin steckt die klare Botschaft: Wir investieren weiter, es dreht sich nicht nur alles um das Thema Asyl“, so Tillich.

Die Veranstaltung war nichtöffentlich und ausschließlich für CDU-Mitglieder. Dazu Sören Voigt: „Wir haben diese Veranstaltung bewusst nicht öffentlich gemacht, damit wir sehr deutlich und klar miteinander reden konnten. Ich denke, es war ein reger Gedankenaustausch und offener Wortwechsel, was auch den KV inhaltlich weiter bringen kann. Kritisch will ich anmerken, dass solche Veranstaltungen nicht nur im Vorfeld eines Landesparteitags mit Vorstandswahlen stattfinden sollten, sondern eigentlich mindestens einmal im Jahr, damit die Parteibasis unmittelbar mit dem Landesvorsitzenden oder anderen Mandatsträger diskutieren kann.“ Und Voigt weiter: „Ich kann mir in dem Zusammenhang auch kleine Regionalkonferenzen in einzelnen vogtländischen Regionen vorstellen, auf denen wir uns intern austauschen können.“ (Text und Fotos: Knut Kirsten)



Inhalt

Seite 1

Tillich exklusiv
Konjunkturpaket

Seite 2

Neues aus dem Land
und dem Bund

Seite 3

Aus den Stadt- und Orts-
verbänden

Seite 4

Freuen-Union
Gratuliert:
Geburtstage
Termine

jetzt auch auf
[facebook/](#)
[cdu-vogtland](#)



Vogtländer können sich auf Investitionen freuen!

Sachsenfonds „Brücken in die Zukunft“ beschlossen

Der Sächsische Landtag hat im Dezemberplenar ein Investitionspaket für Sachsens Städte und Gemeinden im Gesamtumfang von 800 Millionen Euro beschlossen - damit lässt sich einiges erreichen und vielen realisieren! Durch das Gesetz wird für unsere Kommunen Planungssicherheit im investiven Bereich geschaffen.

Die zusätzlichen Investitionsmittel für unseren Vogtlandkreis und seine Kommunen belaufen sich demnach - unabhängig von den laufenden Förderprogrammen - auf 33 Mio. Euro. Diese teilen sich in 21 Mio. Euro für die Städte und Gemeinden und 12 Mio. Euro für den Landkreis auf. Die Verteilung erfolgt auf Antrag über Maßnahmenpläne durch Entscheidung der Staatsregierung.

Der Fonds ermöglicht insbesondere Infrastrukturmaßnahmen bis zum Jahr 2020. Unter anderem fördert der Freistaat Sachsen mit 75 Prozent Bereiche wie den Schulhaus-, Kindertagesstätten- sowie Straßenbau, den Öffentlichen Personennahverkehr, Sportstätten sowie den Gewässerschutz. Darüber hinaus fließen 81 Millionen Euro in das sogenannte Kommunalpaket Asyl, das um eine Ergänzungspauschale in Höhe von 23 Millionen Euro erweitert wurde.

Mit dem Investitionsprogramm einher geht eine Neuordnung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (FAG). Hervorzuheben ist dabei besonders eine Neuordnung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes zugunsten des ländlichen Raumes. Diese Neuordnung wird ab 2017 wirksam. Insgesamt umfasst das Gesetz ein Volumen von weit über eine Milliarde Euro.

Hintergrund:

Das kommunale Investitionsprogramm wird aus Kommunalen Abrechnungsbeträgen der Jahre 2014/2015 iHv. 145 Mio. Euro gespeist. Weiterhin werden die auf den Freistaat Sachsen entfallenen Mittel des Bundes-Kommunalinvestitionsprogrammes iHv. 156 Mio. Euro in den Fonds eingezahlt. Investive Zweckzuweisungen werden durch den Freistaat für die Jahre 2017-2019 in Höhe von jeweils 59 Mio. Euro in den Fonds eingezahlt, ebenso 342 Mio. Euro zusätzliche Mittel des Freistaates. Daraus ergibt sich ein Investitionsprogramm von 800 Mio. Euro sowie Vollzugsmittel iHv. 20 Mio. Euro.

(von Sören Voigt, MdL und Kreisvorsitzender der CDU-Vogtland)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der CDU-Vogtland,

zum Wort des Jahres 2015 wurde „Flüchtlinge“ gewählt. Wen verwundert es, wenn doch in diesen Tagen keine Nachrichtensendung, keine Zeitung, keine Talkrunde und auch kein Gespräch unter Freunden oder Bekannten dieses Wort ausspart. Mehr noch als an dem Wort streiten sich die Geister an der Frage, wie wir mit den selbigen umgehen sollen und können. Wer und ob das so gewollt war, wie wir es aktuell erleben, soll hier nicht die Frage sein, sondern vielmehr wie wir im Vogtland, in unserer Region mit der Angst, mit den Vorbehalten und mit den organisatorisch wie finanziellen Herausforderungen umgehen. Dabei hilft das reine „wir schaffen das“, oder „Augen zu und durch“ nicht weiter. Wir müssen mit den Menschen die hier leben gemeinsam eine Strategie finden, wie wir diejenigen die zu uns kommen, aufnehmen und deutlich machen, wie wir hier christlich-abendländisch leben und dass jeder willkommen ist, der dies akzeptiert, denn dann ist er bald kein Flüchtling mehr, sondern ein Mensch im Vogtland.

Ihr Knut Kirsten, Pressesprecher

„Kein Generalverdacht aber auch keine Nachlässigkeit“

MdB Hochbaum zu den Terroranschlägen in Paris und der Flüchtlingsfrage

Der Schock sitzt tief. Wir alle trauern mit Frankreich. Der Krieg ist jedoch nicht überraschend zu uns gekommen. Schon lange erklären militante Islamisten offen ihre Absicht, ein „Kalifat“ auf Erden errichten zu wollen. Und dabei sind auch wir in Europa im Weg. Dies kann übrigens jeder - auch diejenigen, die immer noch glauben, wir könnten uns durch einen Verzicht auf ein militärisches Engagement schützen - u.a. in den entsprechenden Foren der sogenannten „Gotteskrieger“ im Internet nachlesen. Sie sollten alle aufmerksam die Verlautbarungen des IS und anderer zur Kenntnis nehmen, um hoffentlich zu einer anderen Erkenntnis zu kommen. Doch bei aller Gefährdung und bei der dringenden Notwendigkeit wachsam zu sein, dürfen wir die Flüchtlinge, die zurzeit nach Deutschland kommen, nicht unter Generalverdacht stellen. Die meisten von ihnen fliehen vor den gleichen barbarischen Mördern, vor denen auch wir uns zu schützen versuchen. Wir müssen jedoch alle Energie darauf verwenden, auch unter ihnen Terroristen zu identifizieren und dingfest zu machen.

Um dies zu ermöglichen, müssen meiner Meinung nach schnellstmöglich Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen bzw. zur Wiedereinführung von Zugangskontrollen ergriffen werden. Dies alles sollte natürlich an den EU-Außengrenzen erfolgen. Wenn es dort allerdings aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, müssen wir den Schutz unserer Bevölkerung zumindest an den eigenen Grenzen sicherstellen.

Dazu gehören natürlich auch sogenannte „Transitzonen“ und eine bessere Überwachung der Bundesgrenze. Wer sagt, eine „Transitzone“ sei ein Gefängnis, vergisst offensichtlich, dass dort immer eine Tür auf ist - die Tür zurück. In unser Land kommt dann jedoch nur derjenige, der überprüft ist und die Berechtigung zur Einreise hat. Doch leider sind solche Sicherheitsmaßnahmen mit unserem Koalitionspartner der SPD nicht umsetzbar. Wie übrigens auch die Frage, ob wir nicht unsere Gesetzgebung dahingehend ändern müssten, unsere Bundeswehr wenn notwendig auch zur Grenzsicherung einsetzen zu können.

Ich hoffe, dass wir diese sicherheitspolitische Nachlässigkeit nicht eines Tages bitter bereuen.

Lehren aus Paris von Dr. Peter Jahr, MdEP

Der islamistische Terror ist nicht erst seit dem 13. November 2015 in Europa angekommen. Schon im März 2004 rissen Bomben in einem Zug in Madrid unzählige Menschen in den Tod. Im Juli 2005 sprengten Islamisten in London Busse in die Luft.

Glückliche Umstände, aber vor allem auch die Arbeit unserer Sicherheitskräfte, sorgten bisher dafür, dass Deutschland von derartiger verheerenden Attentaten verschont blieb. Doch das kann sich von einem auf den anderen Tag ändern, wie das Spiel der Fußball-Nationalmannschaft in Hannover nur vier Tage nach dem Terroranschlag in Paris zeigte.

Die Toten des 13. November waren noch nicht gezählt, da waren die Kommentare und Pressemeldungen schon geschrieben: Wir lassen uns unsere Werte nicht von Terroristen zerstören. Wir werden unseren Lebensstil weiter leben. Die Freiheit wird siegen. Es ist alles richtig. Dennoch wirkt es auch ein wenig hilflos. Denn das offene Europa, wie wir es kennen, ist im Kern geschwächt.

„Im Kern geschwächt“ – das meint auch, dass wir in einer Welt mit unzähligen Terroranschlägen gerade von den Ereignissen in der französischen Hauptstadt besonders betroffen sind. Weil wir die Ohnmacht spüren: Wir selbst hätten im Café sitzen, unsere Kinder das Konzert besuchen können. Und wenn wir in die Gewehrmündungen geschaut hätten, wäre Hilfe weit weg gewesen. Europa ist stolz auf die Tradition der Aufklärung – aber Sprengstoffgürtel scheinen in solchen Momenten stärker als Toleranz.

Die westlichen Demokratien stehen vor einer

schicksalhaften Frage: Wie verteidigen wir unsere Freiheit? Es ist fast eine Beschwörung, dass wir die Terrorwelle von Paris und die Flüchtlingskrise nicht in einen Topf werfen sollen. Und dennoch muss beides gemeinsam betrachtet werden. Eine konsequente Registrierung bereits in Transitzonen an den Grenzen zu fordern ist daher eine Selbstverständlichkeit.

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union haben das Recht zu wissen, wer in ihr Land kommt. Andererseits löst auch die Registrierung allein das Problem nicht. Stattdessen sollten wir endlich aufhören, den sogenannten Islamischen Staat (IS) zu unterschätzen. Ideologisch für uns scheinbar im tiefsten Mittelalter stecken geblieben, verfügt der

IS über High-Tech - sowohl materiell als auch strategisch gesehen. Es dürfte also für den IS überhaupt kein Problem darstellen, einen ihrer Attentäter oder Anhänger mit „gültigen“ Reisedokumenten auszustatten. So hart das für manchen im linken politischen Lager auch sein mag: Terror und Flüchtlingskrise sind nicht voneinander zu trennen. Die Botschaft von Paris liegt klar auf der Hand: Wir müssen unsere Werte mit allen demokratischen Mitteln verteidigen. Dazu gehört ein Einwanderungsgesetz, das Flüchtlingen aus Kriegsgebieten weiterhin Asyl gewährt, aber Wirtschaftsflüchtlinge und Einwanderer aus sicheren Drittländern abweist. Und das jeden sofort ausweist, der die Regeln unseres Rechtsstaates missachtet. Verteidigung mit allen Mitteln der Demokratie bedeutet aber auch: der Terror muss an seinen Quellen bekämpft werden. Denn Terror entsteht immer dort, wo rechtsstaatliche Ordnung fehlt.



Die vier Forderungen von MdB Robert Hochbaum:

1. Die Reduzierung der Flüchtlingszahlen durch militärisches und humanitäres Engagement in bzw. bei den Herkunftsländern.
2. Eine umfassende Kontrolle der Einreise an der EU-Außengrenze bzw. wenn dies nicht möglich ist, an der deutschen Grenze, um nur diejenigen einreisen zu lassen, die dazu berechtigt sind. Hierzu sind sogenannte „Transitzonen“ und eine erweiterte Grenzsicherung unbedingt von Nöten.
3. Die sich im Land befindenden Asylbewerber und Asylberechtigten haben sich ohne Ausnahme an unsere Gesetze, Normen und gesellschaftlichen Regeln zu halten. Sie sind darüber umfänglich zu informieren und die Einhaltung ist zu überwachen. Ein „Wegschauen“ unter dem Stichwort „Multi Kulti“ wie es in den zurückliegenden Jahren praktiziert worden ist, ist nicht mehr akzeptabel.
4. All diejenigen, die nach einer möglichst zeitnahen Prüfung kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, müssen unverzüglich zurückgeführt werden. Die Problematik der fehlenden Ausweispapiere ist ohne die erwähnten „Transitzonen“ an der Grenze dabei natürlich nur sehr schwer in den Griff zu bekommen.

Mehr Hilfe für Demenzkranke und weg von der Zeitpflege

Am 27. November 2015 hat der Deutsche Bundestag das Pflegestärkungsgesetz II verabschiedet. Mit diesem Beschluss leiten wir einen Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung ein – Die Pflegeversicherung und die pflegerische Versorgung werden durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsinstrument auf eine breite Grundlage gestellt.

Im Zentrum der Reform steht die Erfassung aller relevanten Aspekte der Pflegebedürftigkeit, unabhängig davon, ob diese auf körperlichen, psychischen oder kognitiven Beeinträchtigungen beruhen. Damit kommt das Gesetz erstmals auch Demenzkranken zugute. Sie sollen den gleichen Zugang zu Pflegeleistungen bekommen. Aus diesem Grund werden aus den bisher drei Pflegestufen in Zukunft fünf Pflegegrade. Die Bewertung von Pflegebedürftigkeit kann damit individueller gestaltet werden und eine eventuelle frühere Unterstützung erfolgen – etwa beim Umbau einer barrierefreien Wohnung oder beispielsweise des Badezimmers. Maßstab für die Einstufung wird zukünftig der Grad der Selbstständigkeit einer Person in allen pflegerelevanten Bereichen sein.

Da unsere Heimat sehr stark vom demographischen Wandel betroffen ist, werden gerade bei uns die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen von der Reform profitieren. Die Leistungen werden dabei deutlich ausgeweitet.

Unser oberstes Ziel ist es weg zu kommen von der Pflege nach Zeit und Uhr, hin zu einer Pflege nach Bedürftigkeit. Auch sollen pflegebedürftige Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause ermöglicht bekommen. Dafür ist es u.a. auch notwendig, die Arbeitsbedingungen in der Pflege attraktiver zu gestalten, um mehr Personal zu gewinnen. Pflegekassen werden zur Beratung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen über deren Möglichkeiten verpflichtet.

-> www.pflegestaerkungsgesetz.de

Aus den Orts- und Stadtverbänden der Vogtland-CDU

Im Gedenken an die Opfer des Krieges – Neue Gedenktafel in Oberlosa

Anlässlich des Volkstrauertages fand am 15. November auf dem Sportplatz in Oberlosa die Einweihung des neuen Gedenksteines für die gefallenen Sportfreunde des SV 04 Oberlosa im Ersten Weltkrieg statt.



v.l.n.r.: Heike Meier, Wilfried Keßler, Ulrich Scheufler, Kitty Fischer, Mathias Grünert, Frank Heidan MdL, Yvonne Magwas MdB, Steffen Zenner, Jörg Schmidt, Prof. Dr. Lutz Kowalzik

Eingeweiht wurde die Gedenktafel gemeinsam mit dem Vorstand des SV04 Oberlosa, dem Ortschaftsrat sowie dem Fraktionsvorsitzenden Jörg Schmidt. Ebenso waren Yvonne Magwas, MdB, Frank Heidan, MdL und Bürgermeister Steffen Zenner vor Ort. Finanziell möglich wurde das Projekt durch die Unterstützung der Firma Keßler-Bau, dem Globus Center Weischlitz sowie der Bundestagsabgeordneten Yvonne Magwas.

Der Gedenkstein ist Bestandteil der neu angelegten Begegnungsstätte auf dem Sportplatz Oberlosa. Aufgrund des jahrzehntelangen Einflusses der Jahreszeiten und der Tatsache, dass man sich zu DDR-Zeiten nicht verpflichtet sah, ein solches Denkmal zu pflegen, war der alte Stein marode, nicht mehr lesbar und nicht zu restaurieren.

(von Steffen Müller, CDU Plauen)

Anzeige:



*Ein frohes und besinnliches
Weihnachtsfest sowie Gesundheit,
Glück und Erfolg für das kommende Jahr.*

wünscht Ihnen der CDU-Kreisverband Vogtland

EAK Themenabend in Zusammenarbeit mit Kaleb e.V. Plauen

Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU anlässlich ihrer Rede zur Bundestagung des EAK als Denkfabrik der Union, der immer wieder schwierige Themen angeht und sich somit in die Debatte einbringt.

Der EAK Vogtland sieht sich genau in diesem Selbstverständnis. Deshalb trafen sich am 09.11.2015 Mitglieder und Interessierte, um gemeinsam mit dem Kaleb e.V. in die Diskussion zu treten. Thema des Abends war die vorgeburtliche Diagnostik.

Dazu waren der Bundesgeschäftsführer des Kaleb e.V., Herr Gerhard Steier, und Yvonne Magwas, MdB eingeladen. In einem fachlich versierten Vortrag zum Thema gab Herr Steier einen Einblick in die nicht ganz unproblematische Diagnostikmethode und deren mögliche Folgen für Mutter und Kind.

Ziel des Kaleb e.V. ist Aufklärung und Unterstützung von werdenden Müttern bzw. der Schutz von ungeborenen Leben. Die meist ehrenamtlich Tätigen bieten in Plauen seit 25 Jahren ihre Beratung und Hilfe an.

Der EAK versteht sich als Brückenbauer zur Politik. So stellte sich Yvonne Magwas den Fragen und Meinungen der ca. 50 interessierten Gäste. Tobias Kämpf übernahm die Moderation der Podiumsdiskussion, bei der auch ganz persönliche Erfahrungen von Betroffenen zur Sprache kamen. Yvonne Magwas erläuterte Gesetzeslagen und ihre Position zum Thema. Viele Anregungen für ihre politische Arbeit nahm sie mit und dankte für die offenen Worte.

Der Kreisvorsitzende des EAK Jörg Schmidt würdigte die unermüdliche Arbeit des Kaleb e.V. und unterstrich die Bedeutung und Wichtigkeit, sich auch solch schwieriger Themen anzunehmen. (Text und Foto: EAK Vogtland)



aus Plauen, die in vogtländischer Mundart, Weihnachtswaisen vortrug.

Auch die Abgeordneten des Bundestags Yvonne Magwas, und des Landtages Stephan Hösl und Andreas Heinz sowie Landrat Rolf Keil liesen es sich nicht nehmen, an der Weihnachtsfeier teilzunehmen und mit den Gästen auch ins Gespräch zu kommen. Kreisvorsitzender Sören Voigt, MdL gab zu Beginn einen kurzen Abriss zur Arbeit der vogtländischen Union im Jahr 2015 und die Herausforderungen der künftigen Monate. Auch zum allerorts debattierten Thema „Flüchtlinge“ fand er klare Worte. „Wir helfen gerne denen, die wirklich auf der Flucht sind vor Krieg, Vertreibung und Verfolgung, sagen aber auch, dass wir nicht zusehen können, wie Menschen aus rein wirtschaftlichen

Weihnachtsfeier im Waldpark Grünheide

Die diesjährige Senioren-Weihnachtsfeier des CDU-Kreisverbandes Vogtland fand am 08.12.2015 im Waldpark Grünheide (Auerbach) statt. 130 Mitglieder waren der Einladung in den Auerbacher Ortsteil Vogelsgrün gefolgt und wurden mit einem Programm der Musikschule Vogtland unter Leitung von Simone Ditt-Baumgarten auf die Weihnachtszeit eingestimmt. Ein besonderes „Schmackerl“ war der Auftritt von Sieglinde Röhn



Interessen, unter dem Vorwand Asyl zu suchen, ungebremst in unsere Sozialsysteme einwandern“, so Sören Voigt.

Alle Gäste erhielten auch einen kleinen Weihnachtsgruß von der Stickerei Lippold aus Trieb als Geschenk des Kreisverbandes überreicht. Gesammelt für einen guten Zweck wurde auch noch. Wie es Sören Voigt dem Familienverband Vogtland im Vorfeld versprach, stand am Ausgang eine Spendenbox und Sören Voigt und Yvonne Magwas sorgten auch gleich für die ersten Spenden für die Arbeit des Familienverbands.

(Text und Fotos: Knut Kirsten)

21. Januar	18:00 Uhr	Jahresauftakt der CDU-Vogtland in der Kurt-Helbig-Sporthalle, Plauen
10. Februar	19:00 Uhr	Politischer Aschermittwoch in Reichenbach
24. Juni	18:00 Uhr	Sommerfest der Sächsischen Union
September/Oktober		Kreisparteitag der CDU-Vogtland mit Wahl des Kreisvorstandes und Nominierung des Kandidaten für die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag 2017

Wir gratulieren unseren Mitgliedern, die zwischen Oktober und Dezember Geburtstag feierten

zum 50. Geburtstag

Arend Wurdak, Reichenbach

Barbara Grüning, Neumark zum 73.
 Hella Girgner, Steinberg zum 74.
 Gerda Stempell, Plauen zum 74.
 Dieter Baumgärtel, Plauen zum 74.

zum 55. Geburtstag

Uwe Dressel, Falkenstein
 Birgit Ölsner, Pausa OT Ranspach
 Frieder Habermann, Pechtelsgrün
 Gabriele Heckel, Lengenfeld
 Katharina Hofmann, Muldenhammer
 Uwe Köppel, Lengenfeld

zum 75. Geburtstag

Brunhilde Gerber, Plauen
 Günther Rubner, Bad Brambach
 Dieter Schmidt, Plauen

zum 60. Geburtstag

Rolf Knoth, Erlbach

Siegfried Wunderlich, Mühltruff OT Langenbach zum 76.
 Johannes Scharf, Pausa zum 77.
 Helmut Gerisch, Grünbach zum 77.
 Erich Schettler, Reichenbach zum 77.
 Erhard Gropp, Lengenfeld zum 77.
 Rainer Schubert, Plauen zum 78.
 Gottfried Buffo, Plauen zum 79.
 Lieselotte Schütze, Plauen zum 79.
 Manfred Spitzner, Auerbach OT Reumengrün zum 79.

zum 65. Geburtstag

Johannes Graupner, Auerbach
 Günter Pührer, Steinberg
 Alfons Kienzle, Reichenbach
 Helga Hübschmann, Weischlitz
 Regina Thürigen, Plauen
 Siegrid Schmidt, Wohlhausen
 Benno Seeger, Oelsnitz
 Dieter Götz, Auerbach OT Schnarrtanne

zum 80. Geburtstag

Renate Schreiter, Waldkirchen
 Margot Valentin, Bobenaukirchen

zum 70. Geburtstag

Bernhard Frank, Netzschkau OT Dungersgrün
 Barbara Hüttel, Wohlhausen
 Gudrun Leder, Ellefeld

Albrecht Bauerfeind, Mühltruff OT Langenbach zum 81.
 Erna Zueckmantel, Erlbach zum 81.
 Magarethe Hummel, Muldenhammer zum 82.
 Johannes Müller, Mühltruff OT Langenbach zum 82.
 Heinz Kropp, Muldenhammer zum 84.
 Gerhard Todt, Eichigt zum 86.
 Eberhard Glöckl, Schöneck zum 89.

Friedrich Neuhord, Auerbach zum 71.
 Peter Dietel, Mylau zum 71.
 Bernd Krauß, Ellefeld zum 71.
 Ludwig Bergmann, Neundorf zum 71.
 Joachim Linke, Klingenthal zum 71.
 Wilfried Wilhelm, Rodewisch zum 72.
 Bernd Roßberg, Steinberg zum 72.
 Joachim Kress, Klingenthal zum 72.
 Günther Seidel, Pausa-Mühltruff zum 72.
 Elke Schmiedel, Muldenhammer zum 72.
 Rolf Oelßner, Weischlitz zum 72.
 Dr. Ernst Baumruck, Siebenbrunn zum 73.
 Monika Schramm, Auerbach zum 73.
 Marianne Arnold, Auerbach zum 73.

zum 90. Geburtstag

Konrad Müller, Auerbach
 Gottfried Schink, Plauen zum 91.

Ihre Beiträge können Sie uns gern unter info@cdu-vogtland.de im Word- oder Page-Format (Mac) zur Veröffentlichung mailen.

Bundestagsabgeordneter Robert Hochbaum zu Gast bei Frauenunion

Am Montag, dem 16. November 2015, konnten die Mitglieder der Frauenunion den Bundestagsabgeordneten Robert Hochbaum in ihren Reihen begrüßen.

Während des Gesprächs in den Räumen der neuen Geschäftsstelle berichtete Robert Hochbaum von seiner Arbeit im Verteidigungsausschuss und seinen damit verbundenen Informationsreisen nach Russland, Skandinavien, die USA und die Kriegsgebiete am Hindukusch.



Ihm ist es wichtig, sowohl mit Politikern als auch mit den einfachen Bürgern weltweit im Dialog zu stehen, um politische Entwicklungen in bestimmten Regionen und die Reaktion der Bevölkerung nachvollziehen zu können. Seine Devise dabei ist, miteinander ins Gespräch kommen, um Zusammenhänge und Reaktionen auf verschiedenen Ebenen besser zu verstehen und darauf reagieren zu können. Hochbaum berichtete auch vom Großen Zapfenstreich anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Bundeswehr. Es ist wichtig, die Bundeswehr als Freiwilligenarmee in Bereitschaft zu halten. Durch die Tatsache, dass die Wehrpflicht lediglich ausgesetzt aber nicht abgeschafft wurde, besteht die Möglichkeit, im Notfall entsprechend zeitnah zu reagieren. Die CDU-Frauenrunde erfuhr an diesem Abend auch, dass es zurzeit zwei Bundeswehreinheiten in Afrika gibt, die vom Parlament beschlossen wurden, und dass sich durch den Bundeswehreinheit in Afghanistan im Nachhinein die Zustände für die Bevölkerung enorm zum Positiven verändert haben, unter anderem in Bezug auf Bildung.

Auch das Thema Asylbewerber war Teil der Diskussion. Robert Hochbaum sieht in integrationswilligen Asylbewerberfamilien eine Chance für die Region, der Überalterung der Bevölkerung und dem Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken.

Er ermutigte alle, diesen Bürgern offen entgegen zu treten, ihnen aber gleichzeitig auch die Werte des Zusammenlebens in ihrer neuen Wahlheimat Deutschland zu vermitteln.

Als wichtige Hilfe verweist er dabei auf die Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Deutschland – erste Informationen für Flüchtlinge“ Arabisch – Deutsch.

„Es war ein sehr informativer Abend, und diese Gesprächsrunden werden auch künftig Teil unseres Programmes sein“ – so die Vorsitzende Ingrid Sauerstein, die dem Abgeordneten im Namen aller Anwesenden für seine interessanten Ausführungen dankte.